



EEG: Wirtschaftsbündnis fordert faire Lastenverteilung

Wirtschaftsverbände schließen sich zusammen, um die Finanzierung der Energiewende über den Bundeshaushalt zu erreichen.

Die Verbände wehren sich gegen die ständig steigende Belastung der Wirtschaft durch explodierende Stromkosten. Sie fordern Bund und Länder in einem Eckpunktepapier auf, die EEG-Umlage durch eine Haushaltsfinanzierung zu ersetzen oder zumindest zu ergänzen. Die Zusage der Bundesregierung aus dem Jahr 2011, die EEG-Belastung des Strompreises dürfe nicht über 3,5 Cent pro Kilowattstunde steigen, ist durch den aktuellen Wert von 5,3 Cent längst überholt worden. Gerade wurde bekannt, dass Umweltminister Altmaier mit einer Erhöhung der EEG-Umlage auf 7 Cent im nächsten Jahr rechnet. Diese Prognose macht ein Handeln der Regierungen im Bund und in den Ländern unerlässlich, darin sind sich die Vertreter der Industrie einig.

Über 10.000 Unternehmen mit mehr als 2,5 Millionen Beschäftigten repräsentiert der Zusammenschluss der Verbände der deutschen Gießerei-Industrie, der keramischen Industrie, der Textil- und Modeindustrie, der kunststoffverarbeitenden Industrie, der Kali- und Salzindustrie sowie des Markenverbandes und des Wirtschaftsverbandes Stahl- und Metallverarbeitung.

Das Eckpunktepapier fordert eine haushaltsfinanzierte Energiewende, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu sichern. Würden die Kosten für die Energiewende jährlich ins Haushaltsbudget eingestellt, hätte dies außerdem eine Transparenz und Kalkulierbarkeit der Ausgaben zur Folge. Dem Bürger entstünden keine Mehrkosten, die soziale Schieflage der EEG-Umlage wäre aufgehoben.



Mit dem Eckpunktepapier macht das Verbändebündnis einen konkreten Vorschlag zur kurzfristigen und deutlichen Absenkung der Stromkosten für Industrie und Verbraucher, ohne den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu gefährden. Allerdings sehen die Wirtschaftsvertreter ein neues Fördersystem als unabdingbar an: Ein EEG, das ohne Rücksicht auf Strombedarf und Marktpreis Renditenversprechen abgibt, dürfe auf Dauer keinen Bestand haben.

Mit ihrer Forderung nach einer gerechteren Finanzierung der Energiewende konkretisieren und ergänzen die Verbände die Forderungen der *Kompetenzinitiative Energie* des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI).